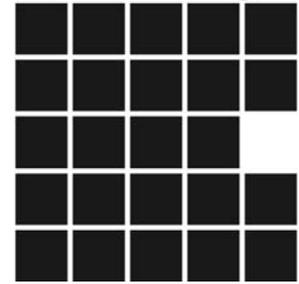


Stadt Erlangen



Nachhaltig wirtschaften, Zukunftschancen schaffen

Haushaltsrede 2013 von Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

"Deutschland im Schuldensog", so lautet der Titel des jüngsten Buches des früheren Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof, das im Herbst des vergangenen Jahres erschienen ist. Kirchhof kommt dabei zu dem Schluss, dass die Finanzkrise entstanden sei, weil das Recht missachtet wurde. Das Grundgesetz schreibt vor, dass die Schulden abgebaut und die Neuverschuldung in naher Zukunft auf Null zurückgeführt werden müssen. Außerdem hat Deutschland wiederholt die europarechtlich verpflichtenden Vorgaben gebrochen, nämlich die Neuverschuldung auf 3% des Bruttonettoprodukts (BSP) zu beschränken und die Gesamtverschuldung unterhalb der Grenze von 60% des BSP zu halten.

Kirchhof kommt am Ende seines Buches zu dem Schluss, dass nominale Haushaltszuwächse zur Schuldentilgung herangezogen werden müssen. Der Veräußerung von Staatsvermögen rechnet Kirchhof dabei nur einen marginalen Beitrag zur Schuldentilgung zu, da das veräußerungsfähige Vermögen des Bundes z.B. in Form von Unternehmensbeteiligungen sehr bescheiden sei.

Kirchhof führt weiter aus, dass der Schuldenstand je Einwohner im Jahr 2010 24.606 Euro betragen habe, denen Gesamtsteuereinnahmen pro Kopf in Höhe von nur 6.920 Euro gegenüber standen. Kirchhof weiter: „Jeder Einwohner ist in seiner Bilanz als Staatsangehöriger völlig überschuldet“.

Vergleicht man damit die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung der Erlanger Bürgerinnen und Bürger in Höhe von aktuell 1.377 Euro – zum Stand 31. Dezember 2012 und gerechnet ohne Eigenbetriebe - könnte man versucht sein, dies als nicht besorgniserregend abzutun. Das wäre m.E. aber ein großer Fehler. Die Tatsache, dass die Stadt Erlangen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten nur eine geringfügige Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung zuließ, während andere Städte sie im gleichen Zeitraum verdoppelten und manche Länder sowie auch der Bund dies sogar noch übertrafen, sollte kein Grund sein, sich selbstzufrieden zurückzulehnen.

Wer seinen Bürgern mehr Leistungen gewährt, z.B. in Form eines massiven Ausbaus der Kinderbetreuung, muss dies in Form von Steuereinnahmen finanzieren. Keinesfalls sollte der Ausweg die Neuverschuldung, d.h. die Belastung zukünftiger Generationen, sein, zumal nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen in Bayern Kredite nur für investive Maßnahmen aufgenommen werden dürfen. Dies ist auch die klare Be-

gründung für die Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Wer dauerhaft von der Stadt höhere Leistungen erhält muss diese auch finanzieren. Gerade der Bereich der Kinderbetreuung ist auch von gesamtgesellschaftlichem Interesse.

Wir haben großes Verständnis für die Stellungnahmen des Industrie- und Handelsvereins, der Kreishandwerkerschaft und der Wirtschaftsjunioren, die auf alle Fraktionen direkt zugegangen sind. Wir haben uns mit den zugegangenen Argumenten in den jeweiligen Fraktionen außerordentlich intensiv auseinandergesetzt.

Gleichwohl möchte ich wiederholen, dass der außerordentlich hohe Standard unserer Dienstleistungen und die extrem hohe Qualität der Infrastruktur des Wirtschafts- und Wohnstandorts Erlangen finanziert werden müssen – und zwar von denen mit „breiten Schultern“. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Am 25. Oktober 2012 hat unser Kämmerer Konrad Beugel den Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 vorgestellt.

Seither sind Wochen intensiver Beratungen in den Fraktionen vergangen, die eine stattliche Reihe von Änderungsanträgen mit sich gebracht haben. Aufbereitet von den fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Personalamt sowie der Kämmerei waren der Haushaltsentwurf und die eingereichten Änderungsanträge Diskussionsgegenstand in allen Ausschüssen.

Ich sage Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie durch sachliche Diskussionen in den oftmals langen Sitzungen den Haushalt 2013 intensiv und gleichzeitig fair beraten haben. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in der einen oder anderen Frage glaube ich doch für den Stadtrat feststellen zu können, dass am Ende das Wohl der Stadt Erlangen ausschlaggebend für die Entscheidungen war. Hervorzuheben ist, dass die Entscheidungen sehr häufig einstimmig gefallen sind. Ich hoffe, dass wir diese Zusammenarbeit auch bei der heutigen Schlussberatung fortführen und den Haushalt zum Besten unserer Stadt Erlangen und unserer Bürgerschaft beschließen werden.

Noch vor wenigen Jahren gab es eine klare Mehrheitsmeinung im Stadtrat von der Schaffung neuer Planstellen weitgehend abzusehen und einen „Null-Stellenplan“ zu verabschieden. Im vergangenen Jahr hat uns die Verpflichtung zum gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau der Kindertagesstätten gezwungen, für diesen Bereich massiv zusätzliche Planstellen zu schaffen und so die Betreuung unserer Kinder zu gewährleisten. Diese Entwicklung setzen wir mit dem Stellenplanentwurf 2013 fort, der

auch unabweisbare Bedarfe in anderen Bereichen berücksichtigt. Es ist selbstverständlich, dass jeder Antrag auf Neuschaffung einer intensiven Bedarfsprüfung unterzogen wurde. Es ist auch Tatsache, dass nicht jeder Antrag aus den Fachbereichen - auch wenn er noch so gut begründet war - Berücksichtigung finden konnte.

Nach den derzeitigen Berechnungen betragen die Personalaufwendungen im Finanzhaushalt 2013 voraussichtlich ca. 105 Mio Euro.

Bei einem Dienstleistungsunternehmen wie der Stadtverwaltung haben die Personalkosten naturgemäß einen hohen Anteil am Gesamthaushalt, denn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen die vielfältigsten Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Verwaltung durchläuft hierbei regelmäßige Verbesserungsprozesse, die Standards der Leistungserbringung sind dabei auch immer im Verhältnis zu den eingesetzten personellen Ressourcen zu sehen. Darüber hinaus gilt es auch immer wieder neue gesetzliche Aufgaben zu erfüllen.

Die Stellenplanänderungen für das Haushaltsjahr 2013 sind durch eine aufgaben- und bedarfsorientierte Planung und Diskussion geprägt. Obwohl bei weitem nicht jeder Antrag zum Stellenplan akzeptiert wurde, wurden doch im Saldo 58 neue Stellen von der Verwaltung in die Haushaltsberatungen eingebracht. Nach den Haushaltsberatungen sind insgesamt 69 neue Stellen bei 2 Stelleneinzügen – im Saldo also 67 - im Haushalt enthalten. Für das Jugendamt mit den Kindertagesstätten werden 28,5 Stellen neu geschaffen; zusammen mit dem gebührenfinanzierten Entwässerungsbetrieb sind dies alleine 50 % der Stellenneuschaffungen.

Dies führt nach Abzug von bezifferten Refinanzierungsmöglichkeiten – auch durch Zuschüsse des Landes und des Bundes – zu einer Netto-neubelastung des Haushalts durch den Stellenplan 2013 in Höhe von ca. 1,74 Mio Euro.

Ich komme nun zu den weiteren Eckdaten des Haushaltsplans 2013 und verweise auf die ausführliche Darstellung des Kämmerers in seinem soeben gehörten Vortrag.

Momentan sieht der fortgeschriebene Haushaltsentwurf u.a. vor

- Investitionen..... 37,7 Mio Euro.
- Finanzierungsmittelfehlbetrag..... 32,1 Mio Euro.
- Netto-Neuverschuldung..... 1,5 Mio Euro.

-
- Steuereinnahmen..... 157,4 Mio Euro.
 - Bezirksumlage 28,6 Mio Euro und
 - Personalaufwendungen..... 105 Mio Euro.

Einige Anmerkungen zu Investitionsschwerpunkten im Haushaltsjahr 2013 mit einem neuen Investitionsvolumen von 37,70 Mio Euro:

- Kindertagesstätten: 7,4 Mio Euro

Darin enthalten sind 3,6 Mio Euro für Freie Träger, 1,17 Mio Euro für den Einbau einer Kinderkrippe Frauenaarach, 990.000 Euro für den Kindergarten Hans-Sachs-Straße, 690.000 Euro für die Lernstube Bruck und 500.000 Euro für den Jugendtreff FAG-Gelände.

Für städtische Investitionsmaßnahmen zum Ausbau der Kinderkrippe und Sanierung Kindergarten Flohkiste stehen 2,8 Mio Euro ab 2013, verteilt bis in das Jahr 2015, im Plan.

Wichtig für Sie und für die Bevölkerung ist vor allem, dass wir durch die bisherigen und nach Abschluss der noch anstehenden Investitionsmaßnahmen eine Versorgungsquote bei Krippenplätzen von nahezu 50 % erreichen werden. Damit erreichen wir gemäß der unlängst durchgeführten Familienbefragung, dass der Bedarf erfüllt ist.

Im Kindergartenbereich herrscht seit Jahren ohnehin Vollversorgung.

- Schulen: 8,4 Mio Euro

Darin enthalten sind 3,5 Mio Euro für den Ausbau der Mensen (Adalbert-Stifter-Schule, Grundschule Tennenlohe, Werner v. Siemens Realschule und der Realschule am Europakanal), für die Turnhallensanierung der Grundschule Tennenlohe 1,2 Mio Euro und für das Albert-Schweitzer-Gymnasium 2,3 Mio Euro.

- Straßen- und Brückenbau (einschl. Sanierung): 8,9 Mio Euro

Darin enthalten sind beispielsweise 2,18 Mio Euro Baukostenanteil für den Ausbau der ICE-Strecke, 1,04 Mio Euro für die Paul-Gossen-Straße, 910.000 Euro für Fuß- und Radwege (z.B. Brucker Radweg, Enkesteig zum Burgberg), 720.000 Euro für die Umgestaltung der Wasserturmstraße, rund 700.000 Euro für Erschließungsstraßen und auch 710.000 Euro für den Brückenbau.

- Wissenschaft, Kultur, Freizeit und Sport: 3,0 Mio Euro

Diese Summe enthält z.B. Investitionen für das MedArchiv in Höhe von 1,2 Mio Euro, ferner 700.000 Euro für das Gemeindezentrum Frauentaurach und 300.000 Euro für Brandschutzmaßnahmen im Theater.

Für den Bereich Kultur und Freizeit ist auch darauf hinzuweisen, dass wir das Projekt „Generalsanierung Frankenhof“ durch Bereitstellung notwendiger Planungsmittel auf den Weg bringen und auch für das Kulturzentrum E-Werk eine nennenswerte Zuschussanpassung vorgesehen haben.

- Maßnahmen Umweltbereich und Energiewende: 1,4 Mio Euro

Diese Position beinhaltet 640.000 Euro für den Hochwasserschutz an der Schwabach, 300.000 Euro sind für die Renaturierung des Röttenbachs vorgesehen und mit 230.000 Euro wird die Dammsicherung am Doktorsweiher erfolgen.

An den Bauinvestitionen z.B. für Kindertagesstätten, Schulen etc. haben die Maßnahmen zur Energiewende – Stichwort energetische Sanierung – einen beachtlichen Anteil von 30 %.

Im Zusammenhang mit den Bauinvestitionen erlauben Sie mir bitte eine kurze Anmerkung:

Bisher haben wir in Erlangen bei unseren Bauprojekten fast immer gut gerechnet. So zum Beispiel bei der Sanierung des Rathauses – geplanten Baukosten von 25 Mio Euro stehen tatsächlich benötigte 26 Mio Euro gegenüber oder für unser Stadtarchiv waren 6 Mio Euro geplant; dieser Summe steht nach der voraussichtliche Abrechnung ein Betrag von 5,4 Mio Euro gegenüber. Auch beim Treffpunkt Röthelheimpark werden die tatsächlich abzurechnenden Kosten hinter der veranschlagten Bausumme zurück bleiben.

Vor allem bei Großbauprojekten ist höchste Vorsicht geboten, denn schnell überschreiten die tatsächlichen Baukosten die ursprünglichen Ansätze. Der Neubau des Stuttgarter Bahnhofs, der neue Hauptstadtflughafen BER aber auch die Elbphilharmonie in Hamburg oder die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München können hier als Negativbeispiele dienen. Gerade vor diesem Hintergrund habe ich in meiner Erklärung zur Stadt- Umland-Bahn vom 27. September 2012 darauf aufmerksam gemacht, dass derartig hohe Investitionen auf belastungsfähigen Kostenschätzungen beruhen müssen.

Wäre es vor dem Hintergrund dieser genannten Negativbeispiele nicht angebracht, die derzeit geltenden Vergaberichtlinien einmal kritisch zu

hinterfragen? Wäre es nicht denkbar, dass z.B. nicht der billigste, sondern der zweitgünstigste Anbieter den Zuschlag erhält? Mit dieser Methode könnten Dumpingangebote verhindert und letztendlich die Bieter dazu bewegt werden, realistische Angebote einzureichen. Ich meine, dass diese Überlegungen vom Gesetzgeber aufgegriffen werden sollten.

Bei allen Investitionsmaßnahmen sollten wir jedenfalls unseren Blick nicht nur auf das Jahr 2013, sondern auch auf den Finanzplan bis 2016 richten. Bereits für den Finanzplan 2014 befürchtet der Kämmerer einen hohen Fehlbetrag, für dessen Ausgleich es heute noch keine klare Aussage gibt.

Letztendlich bleibt die spannende Frage, wie die Aufwendungen und Investitionen im laufenden Haushalt und der künftigen Jahre zu finanzieren sind. Ich halte weiterhin an meiner Grundhaltung fest und plädiere dafür, dass keine neuen Schulden gemacht werden. Allerdings werden wir wohl nicht vermeiden können, Mittel zur Bedarfsdeckung zu erschließen. In den Haushaltsberatungen der letzten Jahre wurde immer wieder der Ruf nach Erhöhung der kommunalen Hebesätze laut, so auch in diesem Jahr. Es lagen Anträge vor, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 425 Punkten auf 435 Punkte oder gar 447 Punkte anzuheben. Nach Begutachtung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss steht nun die Gewerbesteuer mit einem Hebesatz von 440 Punkten zu Entscheidung an. Auch eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuer A um 50 Punkte und der Grundsteuer B um 40 Punkte steht zur Diskussion. Insgesamt sieht der Haushaltsentwurf mit Stand 30. Januar 2013 Steuereinnahmen von 157,4 Mio Euro vor.

Wir werden heute am Ende der Haushaltsberatungen darüber entscheiden und einen sachgerechten Kompromiss finden müssen. Denn, meine Damen und Herren, wir müssen mit dieser Entscheidung dafür sorgen, dass auch künftig tüchtige und mutige Unternehmerinnen und Unternehmen in Erlangen erfolgreich sein können. Ich sehe die Politik der letzten Jahre dadurch bestätigt, dass wir nach einer Auswertung zum Stichtag 31. Dezember 2012 bei aktuell 107.099 Einwohnern rund 103.000 Arbeitsplätze in unserer Stadt haben und die aktuelle Arbeitslosenquote für Dezember 2012 in Erlangen nur bei 4,0 % liegt und Erlangen hier im Vergleich mit den Deutschen Großstädten mit den niedrigsten Stand vorweisen kann.

Gestatten Sie mir abschließend, dass ich noch kurz auf den **Sozialbereich** eingehe.

Seit 2009 ist der Zuschussbedarf des Sozialamtes von 13,5 Mio Euro auf nun ca. 9,8 Mio Euro gefallen. Erfreulicherweise konnten wir auch weiterhin für das nächste Jahr beispielsweise

- das Sozialticket,
 - einen Zuschuss für die Jugendwerkstatt Eltersdorf und
 - die dringend notwendige Erhöhung des Zuschusses an das Erlanger Frauenhaus
- einplanen.

Leider brauen sich am Horizont aber wieder dunkle Wolken zusammen: Die von der Bundesregierung angekündigte Revision der Ausgaben zu Bildung und Teilhabe lässt befürchten, dass die besonders aktiven Kommunen wie Erlangen bestraft werden. Das Sozialamt hat daher vorsorglich einen Nachzahlungsbetrag von 100.000 Euro geschätzt. Auch wenn der Betrag im Augenblick nur geschätzt ist, so befürchtet die Verwaltung doch für die Zukunft nichts Gutes, zumal auch die Kosten für Schulsozialarbeit ab dem Jahr 2014 nicht mehr vom Bund übernommen werden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns weiter eine gute Abschlussberatung zum Besten der Stadt und ihrer Bürgerschaft und ich danke ihnen allen, die den Haushalt 2013 erfolgreich vorbereitet haben. Wir haben ihn gemeinsam wieder zeitplangemäß in diese Beschlussrunde gebracht – er ist nachhaltig, innovativ und wird dennoch den Bemühungen um Sparsamkeit gerecht. Er eröffnet Chancen für die Zukunft.

Ich schließe mit einem Dank an meine Bürgermeisterkolleginnen Birgitt Aßmus und Dr. Elisabeth Preuß, die neben ihrem Stadtratsmandat Verantwortung als Fachreferentinnen tragen. Ihnen, dem gesamten Referentenkollegium, den Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Personalrat sowie den Vorständen und Geschäftsführern unserer städtischen Tochterunternehmen danke ich für ihr Engagement für das Dienstleistungsunternehmen „Stadt Erlangen“.

Ich danke unserem Finanz- und Wirtschaftsreferenten Konrad Beugel, der seinen 10. Haushalt, den 5. in doppischer Fassung ausgearbeitet und vorgelegt hat. Meinen Dank richte ich in diesem Zusammenhang auch an das Team der Kämmerei, Herrn Knitl, Herrn Hauer, Herrn Schmied und Herrn Sponsel, die das umfangreiche Zahlenwerk des Haushalts zusammen gestellt haben. Danke auch an den Personal- und Organisationsreferenten Herrn Ternes sowie den Herren Matuschke und Wein für die Aufbereitung der Stellenplanunterlagen und allen Protokoll-

führerinnen und Protokollführern in den Fachausschüssen, stellvertretend für alle an Frau Lotter und Herrn Friedel.

Den Medien danke ich für die offene Begleitung der Haushaltsdebatten und des kommunalen Geschehens, vor allem danke ich der Redaktion der Erlanger Nachrichten, Herrn Millian, Frau Waltert und Herrn Kohlschreiber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – zum Abschluss bitte ich Sie weiterhin um kollegiale Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Erlangen – ich danke für die Aufmerksamkeit.

Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister